

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985	101
Inwieweit ist der Dollarkurs mit ökonomischen Faktoren erklärbar?	109

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 9/85

Berlin

1. März 1985

52. Jahrgang

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985

Die Expansion der Berliner Wirtschaft wird 1985 ähnlich stark sein wie im vergangenen Jahr. Mit der anhaltend kräftigen Erhöhung der Ausrüstungsinvestitionen entstehen neue Arbeitsplätze; die Zahl der Beschäftigten nimmt wieder zu. Der Anstieg ist indes zu gering, um die Lage auf dem Arbeitsmarkt wesentlich zu verbessern. Immerhin wird die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt etwas zurückgehen, während sie im übrigen Bundesgebiet voraussichtlich unverändert bleibt. Die gegenwärtig vergleichsweise günstige Entwicklung der Berliner Wirtschaft darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch erhebliche strukturelle Probleme bewältigt werden müssen. Für die Lösung dieser Aufgabe hat der Staat mit einer Vielzahl von Förderungsangeboten an die Unternehmen gute Voraussetzungen geschaffen. Der Strukturwandel stellt aber auch an die Arbeitnehmer neue Anforderungen; die Anstrengungen zur beruflichen Qualifizierung müssen daher verstärkt werden.

Zahl der Beschäftigten nimmt zu

Die konjunkturelle Erholung der Berliner Wirtschaft, die Anfang 1983 eingesetzt hatte, hielt im gesamten Jahr 1984 an. Ersten Schätzungen zufolge ist die wirtschaftliche Leistung — gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt ohne Verbrauchsteuern¹ — im vergangenen Jahr um 2,9 vH gewachsen. In der Bundesrepublik insgesamt ist das reale Bruttoinlandsprodukt nach ebenfalls vorläufigen Berechnungen um 2,6 vH gestiegen.

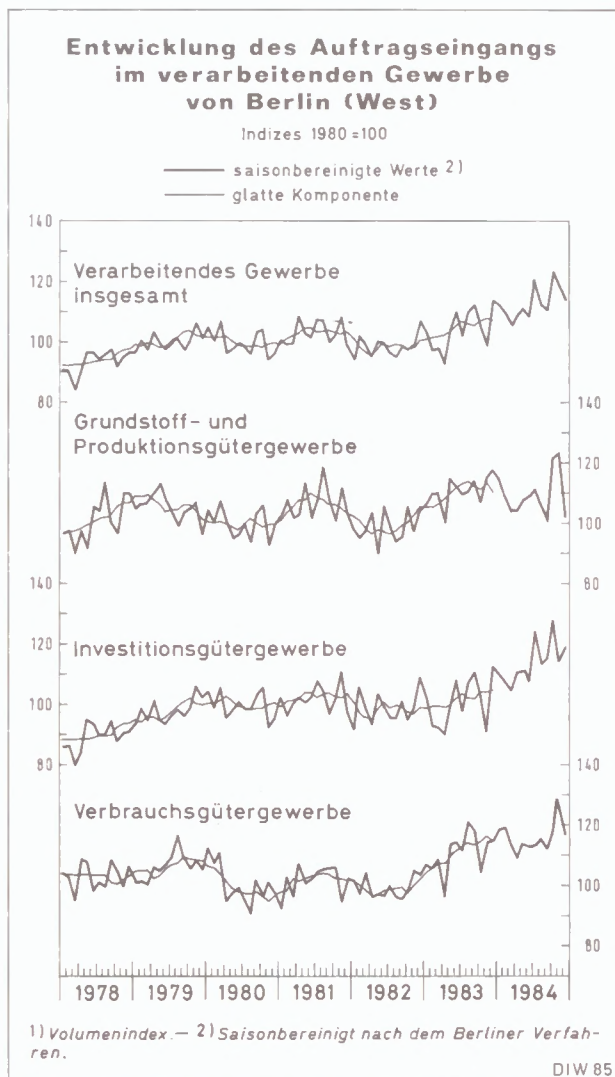
Im Zuge der expandierenden Wirtschaftsaktivität hat auch die Zahl der Erwerbstätigen leicht zugenommen. Sie lag im Durchschnitt des Jahres mit 837 500 um 4 500 oder 0,5 vH über dem Niveau von 1983 und hat sich damit günstiger entwickelt als im Bundesgebiet (–0,3 vH). Ausschlaggebend dafür waren zwei Faktoren: Einmal hat die Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe um 3 vH zugenommen, im Bundesdurchschnitt dagegen um 0,5 vH abgenommen. Zum anderen hat der öffentliche Sektor in Berlin expandiert, im Bundesgebiet dagegen nicht. Im Jahresdurchschnitt waren hier 205 000 Arbeitnehmer beim Staat beschäftigt — 2 000 oder 1 vH mehr als 1983. Die Zunahme ist allerdings zu rund drei Vierteln

auf vermehrte Beschäftigung von Arbeitnehmern im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zurückzuführen. Dieses arbeitsmarktpolitische Instrument wurde zwar auch im Bundesgebiet verstärkt eingesetzt, die Zahl der ABM-Kräfte fällt dort aber weit weniger ins Gewicht als in Berlin.

Kräftiger Anstieg der Industrieproduktion

Die Produktion der Berliner Industrie ist im Laufe des vergangenen Jahres stark ausgeweitet worden. Im Jahresdurchschnitt war sie — gemessen am Nettoproduktionsindex — um mehr als 7 vH größer als 1983. Dazu

¹ Verbrauchsteuern wie Tabak-, Mineralöl-, Branntweinsteuern gehören nach den Definitionen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zum Bruttoinlandsprodukt. Regional gehen sie dort in die Leistungsgrößen der VGR ein, wo die Produkte hergestellt werden. Tatsächlich haben die Steuerbeträge für die Regionen aber den Charakter von durchlaufenden Posten, da es sich um Bundessteuern handelt. Zur Beobachtung der regionalwirtschaftlichen Entwicklung sind daher Leistungsgrößen ohne Verbrauchsteuern besser geeignet. Dies gilt vor allem für Regionen, in denen verbrauchsteuerbelastete Produktionen konzentriert sind. Rund die Hälfte der in der Bundesrepublik hergestellten Zigaretten wird allein in Berlin produziert.



haben zweifellos die derzeit günstigen Konkurrenzbedingungen für deutsche Anbieter auf dem Weltmarkt beigetragen; einige Branchen, vor allem die chemische Industrie, konnten ihren Auslandsabsatz beträchtlich erhöhen. Stark gestiegen ist aber auch die von inländischen Märkten ausgehende Nachfrage. So hat die Fertigung nachrichtentechnischer Einrichtungen im Zuge der Modernisierung und des Ausbaus des Kommunikationswesens kräftig zugenommen. Noch ausgeprägter war der Zuwachs bei elektrotechnischen Konsumgütern. Insgesamt haben die Bemühungen der Elektrotechnik — des mit Abstand größten Industriezweigs —, ihre Produktpalette marktgerechter zu gestalten, offensichtlich erste Erfolge gezeitigt; die Produktion expandierte hier fast ebenso stark wie im Bundesgebiet. Erfreulich ist zudem auch die weit überdurchschnittliche Ausweitung der Produktion von Geräten und Einrichtungen der EDV, auch wenn sich die Expansion in starkem Maße auf Produkte bezieht, die mit sehr kapitalintensiven Verfahren hergestellt werden.

Entscheidenden Anteil an der Steigerung der Industrieproduktion hatte wiederum das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, dessen Fertigung hier um ein Mehrfaches schneller gestiegen ist als im gesamten Bundesgebiet. Dies und die erneut hohen Anlageinvestitionen zeigen, daß Berlin für diesen Wirtschaftsbereich trotz der erheblichen Beschneidung der Umsatzsteuerpräferenz ein interessanter Standort geblieben ist.

Die einzige größere Branche ohne erkennbare Aufschwungstendenzen ist der Maschinenbau. Während sich einige Sparten, vor allem die Produktion von Hebezeugen und Fördermitteln, günstig entwickeln, befindet sich der Berliner Werkzeugmaschinenbau noch immer in der Krise; Umsatz und Beschäftigung dieses überwiegend mittelständisch strukturierten Bereichs sind im vergangenen Jahr um rund ein Fünftel zurückgegangen. Ein derartiger Schrumpfungsprozeß ist bei der gegenwärtigen Exportkonjunktur nur damit zu erklären, daß die Unternehmen sich zuwenig an den Anforderungen der internationalen Märkte orientieren.

Die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Industrie war 1984 mit 157 500 nochmals — um 1,3 vH — geringer als im Jahr zuvor. Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt allerdings die Änderung der Entwicklungsrichtung während des Jahres: Bis zum Sommer war die Beschäftigung saisonbereinigt noch leicht zurückgegangen, danach stieg sie deutlich und lag im Dezember um mehr als 2 000 (rund 1,5 vH) höher als zur Jahresmitte.

Im laufenden Jahr wird die Industrieproduktion weiterhin, wenn auch nicht mehr so stark wie 1984, zunehmen. Dafür sprechen sowohl die bis zuletzt gestiegenen Auftragseingänge als auch die überwiegend zuversichtliche Einschätzung der Geschäftsaussichten durch die Unternehmen. Vor diesem Hintergrund kann damit gerechnet werden, daß die Zahl der Beschäftigten saisonbereinigt noch etwas steigen und im Durchschnitt des Jahres 1985 um rund 1 vH höher sein wird als im Vorjahr. Sie dürfte sich damit erstmals seit langer Zeit günstiger entwickeln als in der Bundesrepublik insgesamt, für die kaum eine Zunahme der Beschäftigtenzahl zu erwarten ist.

Innerstädtische Nachfrage

Wachstumsimpulse vom privaten Verbrauch

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte in Berlin sind 1984 um gut 4 vH und damit — wie schon in den beiden vorangegangenen Jahren — schneller gestiegen als die verfügbaren Einkommen. Ein Teil der zusätzlichen Ausgaben muß also wiederum über eine Verringerung der Sparquote finanziert worden sein. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zwar auch in Berlin kontinuierlich abgeschwächt, im Jahresdurchschnitt lag der Preisindex für die Lebenshaltung aber noch um 3,2 vH über dem Niveau von 1983. Immerhin verbleibt auch nach Abzug der Preiskomponente ein Zuwachs des pri-

Auftragseingang, Nettoproduktion und Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes in Berlin (West) und in der Bundesrepublik Deutschland¹

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	Verarbeitendes Gewerbe 2)		Chemie		Maschinenbau		Elektrotechnik		Textil		Bekleidung		Ernährung		Tabak	
	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik	Berlin (West)	Bundesrepublik
	Auftragseingang³⁾															
1983	5,3	2,7	6,4	8,1	-0,0	-3,0	-2,8	0,2	11,0	3,3	7,8	0,4
1. Vj.	1,6	-0,8	7,0	0,9	-6,4	-3,0	-10,2	-2,5	3,0	-3,5	6,3	-0,2
2. Vj.	3,9	0,3	6,5	5,8	13,6	-6,2	-6,9	-0,8	11,6	3,0	-3,5	-9,5
3. Vj.	12,3	5,4	10,9	11,3	-16,2	-3,5	6,3	-0,1	14,6	5,5	35,7	11,8
4. Vj.	4,2	6,1	1,8	14,8	11,0	0,5	1,4	4,1	15,1	9,1	-9,6	-0,7
1984	8,1	6,4	3,2	7,3	-0,4	8,5	13,0	10,0	3,3	0,4	-3,1	6,3
1. Vj.	8,5	8,9	3,4	13,5	4,0	7,3	12,8	11,0	15,6	6,0	8,0	9,3
2. Vj.	5,9	5,2	1,8	7,8	-14,4	8,9	12,0	8,4	5,0	-2,1	-5,0	5,8
3. Vj.	6,4	7,2	-3,6	4,9	10,2	13,6	11,6	15,4	-8,5	-2,3	-24,1	-1,7
4. Vj.	11,4	4,5	10,9	3,2	1,1	5,2	15,1	5,7	0,9	-0,2	13,9	12,3
	Nettoproduktion⁴⁾															
1983	4,7	0,9	4,8	7,3	-2,1	-3,7	-3,8	1,1	11,9	0,4	8,6	-1,1	2,1	-1,2	11,0	5,8
1. Vj.	-0,7	-3,9	4,7	1,9	5,4	-3,6	-7,0	-3,5	16,0	-4,0	-0,5	-4,6	-6,6	-4,1	-6,4	-10,2
2. Vj.	2,4	-1,1	2,9	5,3	2,6	-8,3	-6,3	-0,9	17,5	0,1	2,1	-2,9	1,4	0,4	2,5	-0,8
3. Vj.	7,7	2,5	6,4	9,3	-13,5	-3,4	-5,7	1,4	11,3	2,8	4,6	-1,4	7,2	0,5	30,7	23,8
4. Vj.	10,1	6,3	5,3	13,4	-2,3	0,3	4,2	7,4	3,7	3,7	36,0	5,4	7,5	-1,3	23,2	15,5
1984	7,4	3,4	7,4	5,1	-6,4	-0,2	6,6	7,8	-3,2	3,5	-3,3	0,4	6,7	1,6	13,5	2,6
1. Vj.	5,3	5,8	7,0	9,3	-12,1	-2,9	1,4	9,1	3,2	5,9	11,3	3,0	1,5	0,6	8,9	3,9
2. Vj.	6,4	-1,5	6,9	4,8	-9,2	-1,3	10,6	3,3	4,1	1,8	7,4	-1,0	6,9	1,9	15,4	-0,2
3. Vj.	9,8	4,2	8,5	4,4	-4,1	2,1	8,0	7,7	-11,5	1,8	-8,0	0,5	10,8	-1,4	12,7	1,2
4. Vj.	8,2	5,6	7,1	2,1	-0,3	0,9	6,6	10,8	-10,7	3,1	-22,6	-1,4	7,6	4,8	16,7	5,9
	Beschäftigte⁵⁾															
1983	-4,9	-4,2	0,8	-2,0	-8,8	-3,9	-7,5	-4,0	4,6	-7,2	-6,2	-7,7	-4,5	-3,6	-0,5	-5,3
1. Vj.	-5,3	-4,7	0,3	-2,1	-6,5	-3,6	-7,5	-4,7	-1,4	-8,5	-9,5	-8,8	-5,6	-4,0	-4,1	-7,1
2. Vj.	-5,2	-4,7	0,3	-2,2	-9,1	-4,2	-8,1	-4,8	4,9	-8,2	-7,0	-8,6	-4,2	-3,7	0,1	-6,0
3. Vj.	-5,1	-4,3	0,8	-1,9	-10,5	-4,3	-8,1	-4,1	6,7	-7,0	-4,8	-7,4	-4,3	-3,6	0,7	-4,5
4. Vj.	-4,0	-3,1	1,6	-1,5	-9,2	-3,8	-6,3	-2,6	8,1	-5,0	-3,1	-5,6	-3,7	-2,6	1,2	-4,5
1984	-1,3	-1,0	3,3	0,1	-6,8	-2,5	-0,7	0,9	6,0	-1,9	-7,6	1,5	-1,1	-1,4	0,7	-4,0
1. Vj.	-2,8	-2,0	2,8	-0,8	-9,2	-3,8	-4,1	-1,0	11,6	-3,2	-1,4	-2,7	-2,0	-2,1	1,9	-4,9
2. Vj.	-2,1	-1,3	3,5	-0,1	-7,6	-3,0	-1,9	0,4	7,3	-1,9	-11,2	-1,2	-1,9	-1,6	-1,8	-4,9
3. Vj.	-0,8	-0,6	3,8	0,5	-5,9	-2,1	0,5	1,4	3,9	-1,7	-9,2	-0,8	-0,8	-1,2	1,1	-3,5
4. Vj.	0,6	-0,1	3,4	0,8	-4,4	-1,3	2,8	2,7	1,7	-1,0	-8,8	-1,5	0,3	-0,8	1,5	-2,5
1985 ⁶⁾	1	0

1) Einschließlich Berlin (West). - 2) Auftragseingang ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. - 3) Preisbereinigt. - 4) Arbeitstäglich. - 5) Nach fachlichen Betriebsteilen. - 6) Geschätzt.

Quelle: Statistisches Bundesamt Wiesbaden; Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

vaten Verbrauchs von 1 vH — ein sowohl im zeitlichen als auch im interregionalen Vergleich beachtliches Ergebnis: Erstmals seit 1980 hat die private Konsumnachfrage wieder merklich zum Wachstum des Berliner Sozialprodukts beigetragen, erstmals seit vielen Jahren wurde ein Expansionstempo wie im Bundesgebiet erreicht.

Entscheidend für diese Entwicklung dürften die deutliche Verringerung der Bevölkerungsabnahme bei gleichzeitiger Veränderung der Bevölkerungsstruktur sowie die günstigere Beschäftigungsentwicklung gewesen sein. Eine Rolle dürfte auch gespielt haben, daß die Einkommensausfälle aufgrund der Arbeitskämpfe in der Metall- und in der Druckindustrie hier vergleichsweise gering waren.

In diesem Jahr wird der private Verbrauch in Berlin noch etwas stärker expandieren als im vergangenen Jahr, der Gleichschritt mit der Entwicklung in Westdeutschland erhalten bleiben. Zwar werden die Einkommen der überwiegend von staatlichen sozialen Leistungen abhängigen Haushalte, insbesondere die der Rentnerhaushalte, nur wenig zunehmen, real betrachtet sogar zurückgehen — und dies wird bei dem hohen Gewicht des betreffenden Personenkreises in der Stadt zweifellos hemmend auf das Wachstum des Konsums wirken. Als Folge der zu erwartenden Beschäftigungsausweitung sowie der wieder stärkeren Anhebung der Tarifeinkommen kann jedoch mit einer beschleunigten Zunahme der Einkommen aus unselbständiger Arbeit gerechnet werden. Unter der Voraussetzung einer unveränderten Sparneigung und in Erwartung einer nochmals verringerten Preissteigerungsrate (2,5 vH) werden die Arbeitnehmerhaushalte ihren realen Verbrauch kräftiger erhöhen als 1984. Insgesamt wird das Wachstum des privaten Verbrauchs in diesem Jahr auf 1,5 vH veranschlagt.

Dabei dürfte die Zahl der Arbeitsplätze im Berliner Handel, die sich nach einer langen Periode des Rückgangs bereits im vergangenen Jahr stabilisiert hatte, leicht zunehmen. Darüber hinaus werden die privaten Dienstleistungsunternehmen, die bereits von dem steigenden Tourismus profitieren, nun auch stärkere Impulse aus dem heimischen Markt erhalten und vermehrt Arbeitskräfte einstellen.

Geringer Personalzuwachs im öffentlichen Sektor

Die öffentlichen Verbrauchsausgaben — sie setzen sich aus Personal- und Sachaufwand zusammen — nahmen 1984 um 4 vH zu; real betrachtet war der Staatsverbrauch um 1,5 vH größer als 1983². Dabei hat sich die Zahl der öffentlich Beschäftigten um 1 vH (2 000) erhöht — eine Entwicklung, die, wie schon im Jahr davor, überwiegend auf die Besetzung neu geschaffener ABM-Stellen zurückzuführen ist.

Für 1985 sehen die Haushaltsansätze des Landes Berlin eine Steigerung der Verbrauchsausgaben um 2,5 vH

vor; die Zunahme ist damit deutlich knapper bemessen als 1984. Dies ist vor allem auf den Ansatz für Personalausgaben — 60 vH des öffentlichen Verbrauchs — zurückzuführen, die mit einer Rate von 1,5 vH unterproportional zunehmen. Darin kommt auch die Absicht zum Ausdruck, die Zahl der Stellen um 500 zu reduzieren, vor allem im Schulwesen sowie in der Finanz- und Innenverwaltung. Einem möglichen Personalabbau in diesen Bereichen stehen jedoch zusätzliche Stellen im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gegenüber. Insgesamt dürfte die Zahl der beim Land Berlin Beschäftigten leicht zunehmen.

Die geplanten Personalausgaben der Bundesbehörden in Berlin lassen eine Zunahme der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich erwarten. Zusätzliche Arbeitsplätze sind insbesondere beim Umweltbundesamt und bei den Aufsichtsamtern für das Kredit- sowie das Versicherungswesen vorgesehen. Auch die Sozialversicherung wird einen, wenn auch geringen Beitrag zur Ausweitung der Beschäftigung im staatlichen Sektor leisten. Insgesamt werden die Verbrauchsausgaben der öffentlichen Hand in Berlin 1985 um rund 3 vH zunehmen. Preisbereinigt wird der Staatsverbrauch damit nur wenig — um 0,5 vH — höher sein als im vergangenen Jahr.

Bauinvestitionen nach starker Ausweitung rückläufig

Die Bauinvestitionen haben 1984 in Berlin beschleunigt zugenommen. Nominal waren sie um 13 vH höher als im Jahr zuvor; real betrachtet betrug der Zuwachs 9 vH. Damit verlief die Bautätigkeit weit günstiger als im Bundesgebiet, wo die realen Bauinvestitionen lediglich um 0,5 vH gestiegen sind.

Gemessen an den im Bauhauptgewerbe geleisteten Arbeitsstunden — andere Informationen über die spartenspezifische Verteilung der Bauleistung liegen nicht vor — haben vor allem der gewerbliche Bau (+8 vH), der öffentliche Hochbau (+9 vH) und der sonstige Tiefbau (+10 vH) expandiert. Weiterhin rückläufig war dagegen die Produktion im Straßenbau (-2 vH); der Wohnungsbau ist nur schwach gestiegen (+2 vH).

Die geringe Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden im Wohnungsbau überrascht insofern, als im vergangenen Jahr 11 800 Wohnungen fertiggestellt wurden, 4 100 mehr als 1983. Diese Diskrepanz ist einmal damit zu erklären, daß ein relativ großer Teil des Bauüberhangs zum Jahresbeginn bereits rohbaufertig war. Hinzu kommt der wachsende Anteil von Fertigteilbauten. Schließlich wird ein Teil der Wohnungen von auswärtigen Arbeitskräften erstellt, die in der Stadt nur unvollständig erfaßt werden.

² Zum Sektor Staat gehören in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Gebietskörperschaften — das Land Berlin und Bundesbehörden mit Sitz in Berlin — sowie die Sozialversicherung.

**Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
in Berlin (West)**

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Wirtschaftsbereiche bzw. Verwendungskomponenten	1982	1983	1984 ¹⁾	1985 ²⁾
Entstehung des Sozialprodukts ³⁾ (zu Preisen von 1976)				
Produzierendes Gewerbe	-4,2	5,8	9,3	4,5
Energie, Wasserversorgung	4,6	1,4	3,3	3
Verarbeitendes Gewerbe	-5,7	7,0	9,7	5,5
Baugewerbe	2,0	0,2	8,8	-3
Handel und Verkehr	-2,2	0,2	0,6	1,5
Handel	-3,7	0,5	-0,2	1
Verkehr, Nachr.,Überm.	0,5	-0,2	2,1	2,5
Private Dienstleistungen	4,3	3,0	2,6	2,5
Staat	-0,1	1,3	0,2	0,5
Bruttowertschöpfung ⁴⁾	-0,9	3,5	4,7	3
Bruttoinlandsprodukt ⁵⁾	-1,4	3,7	5,5	3
ohne Verbrauchsteuern	-0,3	2,7	2,9	2,5
Bruttoinlandsprodukt Bundesrepublik	-1,0	1,0	2,6	2
Verwendung des Sozialprodukts (zu Preisen von 1976)				
Inländische Verwendung	-2,0	3,1	2,2	2
Privater Verbrauch	-2,5	0,5	1,0	1,5
Öffentlicher Verbrauch	2,3	1,3	1,6	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	-2,6	12,1	7,0	10
Bauinvestitionen	3,3	2,2	9,0	-3
Überreg. Warenlieferungen	-0,5	3,3	3,7	3,5
Überreg. Warenbezüge	-1,2	4,8	0,5	2,5
Bruttosozialprodukt ⁶⁾	-1,3	3,0	4,5	3
Erwerbstätige ⁷⁾				
Produzierendes Gewerbe	-4,4	-3,0	0,0	1
Energie, Wasserversorgung	0,9	1,8	1,8	1
Verarbeitendes Gewerbe	-5,4	-4,4	-1,1	1
Baugewerbe	-1,5	0,7	3,1	-3
Handel und Verkehr	-3,1	-2,9	0,1	0,5
Handel	-4,3	-3,6	0,0	0,5
Verkehr, Nachr.,Überm.	-0,8	-1,5	0,3	0
Private Dienstleistungen	-0,3	-0,6	0,6	1
Staat	-0,3	0,9	1,0	0,5
Wirtschaft insgesamt	-2,0	-1,2	0,5	0,5
Erwerbstätige Bundesrepublik	-1,8	-1,7	-0,3	0

1) Viertes Quartal geschätzt. - 2) Schätzung. - 3) Unbereinigte Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. - 4) Unbereinigt, d.h. einschließlich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen. - 5) Bruttoinlandsprodukt = unbereinigte Bruttowertschöpfung abzüglich unterstellter Entgelte für Bankdienstleistungen, zuzüglich nicht abzugsfähiger Umsatzsteuer und Einfuhrabgaben. - 6) Bruttosozialprodukt = Bruttoinlandsprodukt zuzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Berliner von außerhalb beziehen abzüglich der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Auswärtige aus Berlin beziehen. In diesen Saldo geht auch die Differenz zwischen der in der regionalen Produktion und der regionalen Verwendung enthaltenen Umsatzsteuer ein. - 7) Inlands-konzept.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

war die Entlastung auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter war im Jahresdurchschnitt 1984 mit 6 300 kaum niedriger als 1983; gegen Ende des Jahres hat sie — trotz günstiger Witterungsverhältnisse — sogar mehr als saisonüblich zugenommen.

Für 1985 ist mit einem drastischen Rückgang der Wohnungsbautätigkeit zu rechnen: Zum einen ist der Bauvorrat stark abgebaut worden, zum anderen wird der Neubau von Wohnungen im Rahmen der öffentlichen Förderungsprogramme um 500 auf 7 050 Einheiten reduziert. Gemildert wird dieser Rückgang durch die Entwicklung im Altbaubereich; hier sind aufgrund der öffentlichen Modernisierungs- und Instandsetzungsprogramme in diesem Jahr noch kräftige Nachfrageimpulse zu erwarten. Die bauwirksame Modernisierungsnachfrage dürfte sich auf etwa 760 Mill. DM belaufen und damit um gut ein Drittel höher sein als 1984. Insgesamt muß jedoch im Wohnungsbau mit einer Produktionseinbuße von etwa 10 vH gerechnet werden.

Im gewerblichen Bau hat die befristete Investitionszulage 1984 dazu geführt, daß Bauvorhaben zeitlich vorgezogen wurden. Es kann aber angenommen werden, daß die hieraus 1985 resultierenden Nachfragerücken im privaten Wirtschaftsbau durch eine Ausweitung der Bautätigkeit bei den Versorgungsbetrieben kompensiert werden. Insgesamt wird die Zunahme der gewerblichen Bauinvestitionen auf real 2 vH veranschlagt. Im öffentlichen Bau lassen die Bauetats aller Körperschaften im Hochbau eine Steigerung der Bauleistungen um etwa 4 vH und im Tiefbau einen Rückgang von etwa 2 vH erwarten. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen in Berlin um etwa 3 vH niedriger sein als im Vorjahr; in etwa gleichem Ausmaß wird die Beschäftigung im Baugewerbe zurückgehen.

*Unvermindert starke Expansion der
Ausrüstungsinvestitionen*

Die Ausrüstungsinvestitionen der Berliner Wirtschaft, die schon 1983 stark gestiegen waren, haben im vergangenen Jahr weiter deutlich zugenommen (+ 10 vH); nach Abzug der Preiskomponente verbleibt ein Zuwachs von gut 7 vH.

Eine nach Branchen differenzierende Betrachtung zeigt, daß vor allem die privaten Dienstleistungsunternehmen, die Verkehrsbetriebe und die Bundespost vermehrt investiert haben. Im verarbeitenden Gewerbe hat die Investitionstätigkeit hingegen stagniert. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Ausgaben für Industrieanlagen im Jahr davor außerordentlich stark erhöht worden waren.

Für 1985 kann mit einer wieder beschleunigten Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen gerechnet werden. Erhebliche Steigerungen sind in der Energiewirtschaft zu erwarten; dabei schlägt vor allem die Aus-

Die zunehmende Bedeutung westdeutscher Unternehmen für den regionalen Markt kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Beschäftigten im Berliner Baugewerbe im Jahr 1984 mit rund 60 000 lediglich um 3 vH höher war als 1983, vor dem Hintergrund der außerordentlich starken Expansion der gesamten Bauleistung ist dies eine sehr kleine Zunahme. Entsprechend gering

stattung des Kraftwerksneubaus mit Maschinen und Einrichtungen zu Buche. Auch die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes beabsichtigen — einer im vergangenen Monat durchgeführten Umfrage bei den größeren Unternehmen zufolge — ihre Ausrüstungsinvestitionen deutlich aufzustocken. Diese Expansion folgt einer beträchtlichen Ausweitung der Ausgaben für Produktionsgebäude im vergangenen Jahr — auch ein Indiz dafür, daß neben der Modernisierung der Anlagen die Ausweitung der Kapazitäten und die Neuansiedlung von Betrieben eine wichtige Rolle spielen.

Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen der Berliner Wirtschaft preisbereinigt um rund 10 vH über dem Niveau von 1984 liegen.

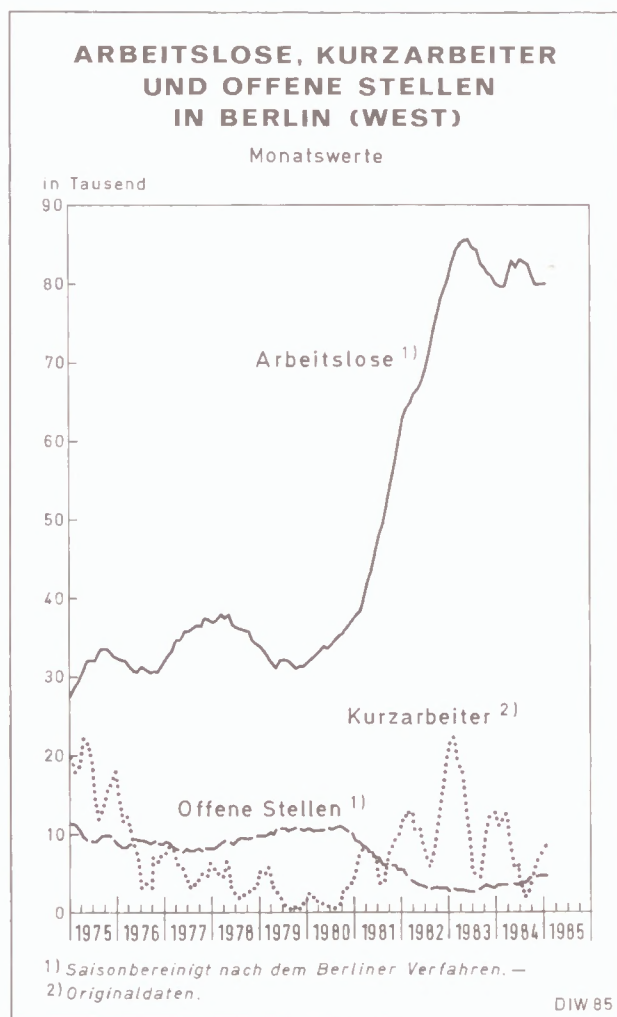
Kaum verringerte Arbeitslosigkeit

Die Lage auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat sich im vergangenen Jahr nicht spürbar verbessert; immerhin entwickelte sie sich etwas günstiger als im Bundesgebiet: Während die Zahl der Arbeitslosen dort unverändert blieb, nahm sie hier leicht ab; im Jahresdurchschnitt lag sie mit 81 600 um 2 000 unter der des Vorjahres³.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Berlin ist geringer, als in Anbetracht einiger entlastender Einflüsse zu erwarten gewesen wäre: Einerseits hat das Erwerbspotential altersstrukturbedingt sowie als Folge einer verstärkten Abwanderung von Ausländern eher abgenommen, andererseits ist das Angebot von Arbeitsplätzen in der Stadt gestiegen. Diesem Zuwachs steht allerdings ein kräftiger Anstieg der Zahl zugezogener Arbeitskräfte gegenüber. Die Zahl der Westdeutschen, die in der Stadt eine Arbeit aufgenommen haben, ist 1984 deutlich gestiegen. Insgesamt wurden bei den Arbeitsämtern 4 300 derartige Fälle registriert, fast 50 vH mehr als im Jahr davor. Hinzu kommt ein sprunghafter Anstieg der Zuzüge aus der DDR.

Die vermehrte Beschäftigung aus Westdeutschland zugewanderter Arbeitskräfte ist sicherlich ein Indiz dafür, daß die Anforderungen der Wirtschaft auf dem heimischen Arbeitsmarkt nicht in jedem Falle befriedigt werden können. Der immer noch geringe Bestand an offenen Stellen — im Januar 1985 waren bei den Arbeitsämtern 4 000 Arbeitsplätze als nicht besetzt gemeldet — weist jedoch darauf hin, daß die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit nur zu einem Teil auf Qualifikationsengpässe zurückzuführen ist. Dies gilt auch dann, wenn man berücksichtigt, daß nur ein Teil der unbesetzten Arbeitsplätze dem Arbeitsamt gemeldet werden.

Eine gruppenspezifische Betrachtung zeigt, daß ausländische Arbeitskräfte nach wie vor überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Bei ihnen war die Arbeitslosenquote 1984 trotz verstärkter Rückkehr in die Heimatländer mit 14,3 vH um die Hälfte höher als bei den Deutschen (9,6 vH). Die Zahl der registrierten jugend-



lichen Arbeitslosen (bis 20 Jahre), die allerdings das tatsächliche Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit nur bedingt zum Ausdruck bringt, lag im Durchschnitt des vergangenen Jahres bei 4 700; gegenüber 1983 ist sie um 700 zurückgegangen. Diese Entwicklung ist vornehmlich auf eine verstärkte Teilnahme Jugendlicher an Maßnahmen der beruflichen Förderung zurückzuführen; entlastend

³ Die amtlich ausgewiesene Arbeitslosenquote war im vergangenen Jahr in Berlin mit 10,2 vH höher als im Bundesdurchschnitt (9,5 vH). Eine derartige Differenz ist schon seit 1977 zu beobachten, dabei ist jedoch auf einen statistisch-methodischen Umstand hinzuweisen, der das Bild unterschiedlicher Arbeitslosigkeitsniveaus beider Regionen relativiert: In die Berechnungen der Arbeitslosenquote geht als Bezugsgröße die nach dem Mikrozensus ermittelte Zahl der abhängigen Erwerbspersonen ein (da der letzte Mikrozensus nunmehr drei Jahre zurückliegt, wird ab Januar 1985 die EG-Arbeitskräftestichprobe verwendet). Diese Zahl ist wegen ihres 1 vH-Stichproben-Charakters einerseits und des zur Hochrechnung verwendeten Gewichtungsschemas nach der inzwischen zwar fortgeschriebenen, aber veralteten Volkszählung von 1970 andererseits insbesondere für kleine Regionen wie Berlin sehr unsicher. Legt man statt dessen Angaben aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zugrunde, so lag die Arbeitslosenquote sowohl für Berlin als auch für die Bundesrepublik insgesamt im Jahr 1984 bei 9,5 vH.

Komponenten der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West)

		1980	1981	1982	1983	1984 ¹⁾	1985 ¹⁾
		Personen					
Lebendgeborene	insgesamt	18 536	18 955	18 662	17 819	17 800	17 500
	Deutsche	14 183	14 455	14 400	14 048	14 200	14 100
	Ausländer	4 353	4 500	4 262	3 771	3 600	3 400
Gestorbene	insgesamt	34 738	34 485	34 528	33 145	32 350	32 000
	Deutsche	34 320	34 074	34 165	32 756	32 000	31 600
	Ausländer	4 18	411	363	389	350	400
Geburten- (+) bzw. Sterbeüberschuß (-)	insgesamt	-16 202	-15 530	-15 866	-15 326	-14 550	-14 500
	Deutsche	-20 137	-19 619	-19 765	-18 708	-17 800	-17 500
	Ausländer	+ 3 935	+ 4 089	+ 3 899	+ 3 382	+ 3 250	+ 3 000
Zugezogene	insgesamt	82 787	79 798	63 721	61 039	74 500	66 000
	Deutsche ²⁾	31 601	33 455	31 000	30 051	33 500	31 000
	Ausländer	51 186	46 343	32 721	30 988	41 000	35 000
Fortgezogene	insgesamt	72 605	71 829	66 940	60 795	69 500	60 000
	Deutsche ²⁾	43 073	39 143	36 434	27 478	22 500	20 000
	Ausländer	29 532	32 686	30 506	33 317	47 000	40 000
Wanderungssaldo	insgesamt	+10 182	+ 7 969	- 3 219	+ 244	+ 5 000	+ 6 000
	Deutsche	-11 472	- 5 688	- 5 434	+ 2 573	+ 11 000	+ 11 000
	Ausländer	+21 654	+13 657	+ 2 215	- 2 329	- 6 000	- 5 000
Bevölkerungs- veränderung	insgesamt	- 6 020	- 7 561	-19 085	-15 082	- 9 550	- 8 500
	Deutsche	-31 609	-25 307	-25 199	-16 135	- 6 800	- 6 500
	Ausländer	+25 589	+17 746	+ 6 114	+ 1 053	- 2 750	- 2 000
		1000 Personen					
Bevölkerung am Jahresende ³⁾	insgesamt	1 999	1 991	1 972	1 957	1 947	1 938
	Deutsche	1 766	1 745	1 724	1 712	1 707	1 700
	Ausländer ⁴⁾	233	246	248	245	240	238

1) Schätzung des DIW.- 2) Wegen Änderung des Melderechts ab 1983 mit den Vorjahren nicht voll vergleichbar.- 3) Wohnbevölkerung; fortgeschriebene Ergebnisse der Volkszählung 1970, berichtigt um Untererfassung und Scheinwanderungen.- 4) Nach Berücksichtigung von Einbürgerung und Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Erklärung (Art. 3, Abs. 1 RuStAG von 1974); abgestimmt mit dem Einwohnerregister.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

wirkte auch die nochmalige Steigerung der Zahl der Ausbildungsverhältnisse, die 1984 um gut 2 000 zugenommen hat und am Jahresende knapp 43 000 betrug.

Bevölkerungsrückgang abgeschwächt

Die Einwohnerzahl Berlins hat im vergangenen Jahr wiederum abgenommen. Mit knapp 10 000 war der Rückgang allerdings geringer als 1983 (15 000). Dabei ist erstmals seit 1976 die Zahl der in Berlin lebenden Ausländer deutlich gesunken — nach dem Melderegister um 5 000, nach der Statistik der Bevölkerungsbewegung, die hier zugrunde gelegt wird, um 3 000 Personen. Vergleichsweise gering war hingegen der Rückgang bei den Deutschen (-7 000 Personen). Zwar blieb der Sterbeüberschuß hoch; auch zogen aus dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland weniger Deutsche nach Berlin als 1983. Dem stehen jedoch mit 7 000 Personen außergewöhnlich viele Zuzüge aus der DDR gegenüber. Ent-

scheidend für den geringeren Rückgang war indes, daß die Zahl der fortgezogenen Deutschen um fast 20 vH niedriger war als im Vorjahr. Insgesamt wurde ein Wanderungsgewinn von 11 000 Personen erreicht.

Dieses Ergebnis ist vor allem vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklung außerordentlich erstaunlich: Ein Wanderungsgewinn in dieser Höhe ist in den letzten zehn Jahren nie erzielt worden; vielmehr wurden bis 1982 Verluste zwischen 5 000 und 11 000 Personen verzeichnet. Dabei blieb das Zuzugsvolumen vergleichsweise stabil — es lag in den Jahren 1975 bis 1984 im Jahresdurchschnitt bei 32 000 Personen. Die Fortzüge dagegen betragen 1975 bis 1982 im Mittel jährlich 40 000. Erst die Ergebnisse der Jahre 1983 und 1984 wichen davon deutlich ab — gegenüber dem Höchstwert der betrachteten Periode hat sich das Fortzugsvolumen 1984 halbiert.

Die beträchtliche Verringerung der Zahl der Fortzüge wird von der amtlichen Statistik im wesentlichen auf Änderungen im Melderecht zurückgeführt, die im Jahres-

verlauf 1983 wirksam wurden und die bei Einwohnern mit mehr als einem Wohnsitz eine genauere Zuordnung erlauben. Trifft diese Einschätzung zu — und dafür spricht, daß in allen Bundesländern nach Anwendung des neuen Melderechts erhebliche Änderungen des Wanderungssaldos eingetreten sind —, ist das Ergebnis der Bevölkerungsfortschreibung und damit die gegenwärtige Einwohnerzahl Berlins in Frage zu stellen: Schon Anfang der siebziger Jahre hatte sich gezeigt, daß die Erfassung der Fortzüge ungenau ist, und daß insbesondere die ausgewiesenen Fortzugszahlen für Berlin überhöht waren. 1972 wurden Regelungen getroffen, mit denen diese Fehler vermieden werden sollten. Gleichzeitig wurden die bis dahin aufgelaufenen Abweichungen gegenüber der fortgeschriebenen Einwohnerzahl auf gut 100 000 Personen geschätzt.

Es gab allerdings Hinweise, daß auch nach 1972 immer noch zuviel Fortzüge gemeldet wurden. Die amtliche Statistik ging aber davon aus, daß aufgrund verbesserter Kontrollen der Fortschreibung der Fehler nur noch gering sei. Vor dem Hintergrund der jüngsten Fortzugszahlen ist diese Annahme zu bezweifeln. Angesichts des Ausmaßes, mit dem die Zahl der registrierten Fortzüge in den letzten beiden Jahren gesunken ist, kann angenommen werden, daß die Einwohnerzahl Berlins wesentlich höher ist als bisher geschätzt und wahrscheinlich noch gut 2 Millionen beträgt.

Fazit

Die bis zuletzt expandierende überregionale Nachfrage nach Waren und Diensten der Berliner Wirtschaft sowie die insgesamt verbesserten Bedingungen für die Entwicklung der heimischen Nachfrage lassen erwarten, daß die gesamtwirtschaftliche Leistung in Berlin 1985 um 2,5 vH und damit wiederum etwas schneller zunimmt als im Bundesgebiet (2 vH)⁴. Im Zuge dieser Produktionsausweitung wird die Zahl der Arbeitsplätze steigen. Unter Einschluß der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt um rund 4 000 — 0,5 vH — höher sein als 1984.

Die Entwicklung verliefte insgesamt günstiger, würde nicht die Nachfrage nach Bauleistungen in diesem Jahr schrumpfen. Dies verschärft den erheblichen Anpassungsdruck auf die bauausführende Wirtschaft Berlins, die sich in zunehmendem Maße der Konkurrenz auswärtiger Anbieter stellen muß. Die Öffnung des regionalen Marktes forciert die Innovationsgeschwindigkeit und wirkt tendenziell preisdämpfend, hat jedoch zumindest kurzfristig auch Beschäftigungsverluste zur Folge. Die für 1985 absehbare erhebliche Freisetzung von Arbeitskräften könnte verhindert werden, wenn ein Teil des für 1986 vorgesehenen Wohnungsbauprogramms in das laufende Jahr vorverlagert werden würde. Dies widerspricht nur auf den ersten Blick der Forderung, die Baunachfrage zu

verstetigen. Es gibt nämlich Anzeichen dafür, daß die künftigen Wohnungsbauprogramme, die bis 1988 auf 4 500 Einheiten jährlich zurückgeführt werden sollen, zu niedrig angesetzt sind: Erstens wird ein Teil des Wohnungsbestandes in absehbarer Zeit nicht mehr marktgängig sein und sich, wie die Erfahrung zeigt, auch nicht mit vertretbarem Aufwand modernisieren lassen. Die Zahl der zu ersetzenden Wohnungen wird mithin steigen. Zweitens ist die Zahl der Einwohner Berlins deutlich höher als bisher angenommen.

Von den spezifischen Problemen der Bauwirtschaft einmal abgesehen ist nach den Erfahrungen in den letzten Jahren zu erwarten, daß wiederum ein erheblicher Teil der von der Berliner Wirtschaft benötigten Arbeitskräfte in Westdeutschland angeworben wird. Dies hängt sicherlich auch mit qualifikationsbedingten Engpässen auf dem regionalen Arbeitsmarkt zusammen. Dadurch wird die von der Beschäftigungsentwicklung her mögliche Entlastung des Arbeitsmarktes vermindert: Da das Erwerbspersonenpotential in der Stadt schon altersstrukturbedingt eher abnehmen wird, könnte die Zahl der Arbeitslosen rechnerisch um 5 vH sinken. Tatsächlich dürfte die Arbeitslosigkeit in Berlin jedoch nicht wesentlich zurückgehen.

Um das heimische Angebot an Arbeitskräften künftig stärker ausschöpfen zu können, muß versucht werden, die Motivation zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung zu stärken; die Teilnahme an beruflichen Förderungsmaßnahmen ist in Berlin nach wie vor wesentlich geringer als im Bundesgebiet, obwohl der Anteil der Nichtqualifizierten an den Arbeitslosen hier deutlich höher ist. Außerdem sind Ausbildung sowie Umschulung und Weiterbildung stärker als bisher am Qualifikationsbedarf zukunftssträchtiger Produktionsbereiche zu orientieren.

Eine derartige Ausbildungsstrategie dient nicht nur der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Erwerbspersonen, sondern ist — längerfristig betrachtet — auch erforderlich, um arbeitsmarktbedingten Engpässen bei der angestrebten Modernisierung der Berliner Wirtschaft vorzubeugen. In diesem Zusammenhang sollte der Vorschlag der Gewerkschaften aufgegriffen werden, die Beschäftigung junger Fachkräfte finanziell zu unterstützen, wenn sie mit einer berufsqualifizierenden Weiterbildung verbunden ist. Mit solchen Maßnahmen sind bereits gute Erfahrungen gemacht worden, und es hat sich gezeigt, daß auf diese Weise auch innerbetriebliche Innovationsprozesse beschleunigt werden können⁵.

⁴ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1985. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1 — 2/1985.

⁵ Vgl. Peter Ring: Lohnkostensubventionen als Mittel der Regionalpolitik. In: Schriften zu Regional- und Verkehrsproblemen in Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin 1984, S. 150 ff.

Damit würde die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gesteigert — und dies ist nach wie vor erforderlich, will die Stadt ihre gegenwärtig relativ günstige Position im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft festigen. In diese Richtung zielen bereits die novellierte Umsatzsteuerpräferenz sowie vor allem die vielfältigen strukturpolitischen Maßnahmen des Berliner Senats. Eine systematische Erfolgskontrolle dieser Instrumente steht zwar noch aus, es gibt aber zahlreiche Hinweise auf positive Reaktionen der Unternehmen.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftsförderung in Berlin liegt bei der Industrie; dies ist der regionalen Bedeutung dieses Sektors angemessen. Für die Entwicklung der Beschäftigung und damit für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme gewinnen aber die Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht des Entwicklungsrückstandes der Stadt insbesondere im überregionalen Dienstleistungsangebot sollten auch für diesen Wirtschaftsbereich die Rahmenbedingungen verbessert werden.

Inwieweit ist der Dollarkurs mit ökonomischen Faktoren erklärbar?

Immer wieder, so auch in jüngster Zeit, gibt der DM-Dollarkurs Rätsel auf. Allzu häufig schien er die Fühlung mit den „fundamentalen ökonomischen Faktoren“ zu verlieren — im Gegensatz zu den Wechselkursen im Europäischen Währungssystem (EWS), das trotz mancher Krisen vielfach als eine Zone relativer Stabilität angesehen wird. Deshalb liegt die Forderung nahe, zur Eindämmung ökonomisch unbegründeter Wechselkursschwankungen den Dollar entweder in ein System manipulierter Paritäten einzubinden oder seinen Kurs zumindest mit konzertierten Aktionen der Notenbanken zu beeinflussen.

Tatsächlich ist die Klage, der Dollarkurs sei Spielball irrationaler Spekulationen, erheblich übertrieben. Weit mehr, als oft behauptet, läßt sich die Grundrichtung des Dollarkurses mit ökonomischen Faktoren erklären: mit den Differenzen zwischen den Preisniveaus, zwischen den erwarteten Geldentwertungsrate sowie zwischen den Renditen für Sach- und Geldanlagen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland. Was „Irrationalität“ genannt wird, ist meist nur das (unzutreffende) Synonym für „Ungewißheit“ der Devisenmarktteilnehmer über die kurz- und längerfristige wirtschaftliche und politische Entwicklung in beiden Ländern. Diese Ungewißheit durch einen klaren wirtschaftspolitischen Kurs zu vermindern, ist sicherlich die im Vergleich zu Devisenmarktinterventionen bessere Methode, „falsche“ Dollarkurse zu vermeiden.

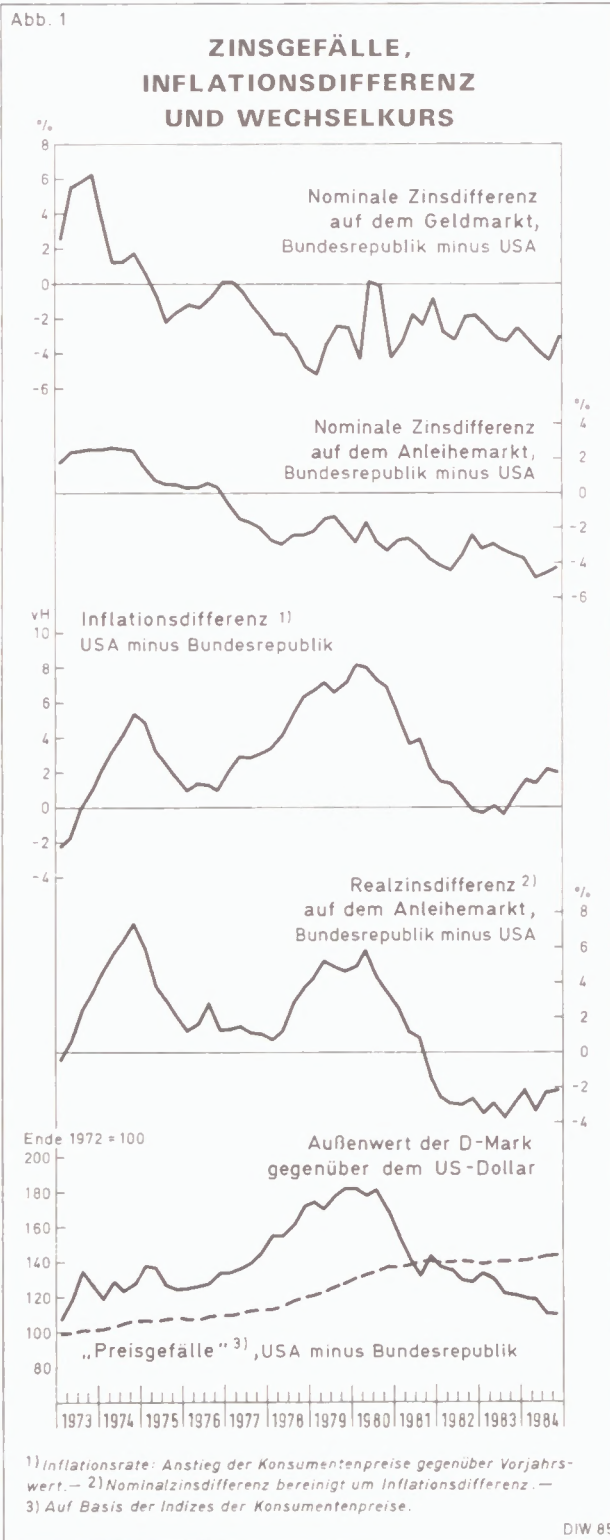
Traditionelle Erklärungsversuche scheitern

Die Entwicklung des Dollarkurses seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems relativ fester Wechselkurse im März 1973 hat einige traditionelle, monokausale Wechselkurstheorien eindeutig widerlegt. Mit den Kaufkraftparitäten, den Nominalzinsdifferenzen und mit den Leistungsbilanzsalden läßt sich nicht einmal die Grundrichtung des Dollarkurses während einer Periode von einigen Jahren auch nur annähernd erklären:

1. Nach der Kaufkraftparitätentheorie kann es bei freiem Handel zwischen zwei Ländern nur temporäre Unterschiede zwischen den über den Wechselkurs umgerechneten Preisen vergleichbarer „handelbarer“ Güter geben, und wegen des Zusammenhangs der

Märkte für Außenhandelsgüter mit den Inlandsmärkten werde es auch zu einer Annäherung der gesamten Preisniveaus beider Länder kommen. Im System von Bretton-Woods waren es der direkte Preiszusammenhang und internationale Geldbewegungen, welche die Annäherung der heimischen Preisniveaus erzwangen. Von 1973 an hätten — bei „gegebenen“ nationalen Preisniveaus — die Wechselkurse den Ausgleich herbeiführen müssen. Doch die Wirklichkeit sah anders aus. 1974 entsprach der Dollarkurs, gemessen an den deutschen Verbrauchsgewohnheiten, der Kaufkraftparität¹. Bei einem Kurs von

¹ Nach dem amerikanischen Verbrauchsschema mußte man 1974 noch 0,83 DM mehr zahlen. Inzwischen ist die Differenz fast kontinuierlich auf etwa 0,65 DM geschrumpft. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, S. 729.



2,22 DM für einen Dollar ausgeben müssen; tatsächlich brauchte man nur 1,83 DM zu zahlen. Bald danach wendete sich das Blatt. 1984 war — wiederum am deutschen Verbraucherschema gemessen — der Dollar erheblich überbewertet; nach der Kaufkraftparität hätte er nur knapp 2 DM wert sein dürfen. Tatsächlich kostete der Dollar im vergangenen Jahr 2,85 DM; in jüngster Vergangenheit war der Kurs sogar höher als 3,40 DM. Wie aus der Abbildung 1 (unterste Reihe) hervorgeht, kann häufig von einem „Überschießen“ des Wechselkurses — hier des Außenwertes der D-Mark gegenüber dem US-Dollar — gesprochen werden: Bis 1980 stieg der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar erheblich stärker als der Index des Konsumentenpreisgefälles gegenüber den USA. Von 1982 an ist ein „Überschießen“ in entgegengesetzter Richtung zu registrieren. Zieht man andere Preisreihen, z.B. den Großhandelspreisindex, heran, so ändert sich das Bild nicht wesentlich: Die Kaufkraftparitätentheorie kann — jedenfalls in der hier angedeuteten ursprünglichen Fassung — lediglich auf längere Sicht Geltung beanspruchen.

2. Die zinstheoretische Hypothese besagt: Wenn das Zinsniveau in den USA das Zinsniveau in der Bundesrepublik übersteigt, werden die Bereitschaft zu Nettokapitalexporten in die USA und die Nachfrage nach Dollars zunehmen, so daß der Kurs der D-Mark sinkt. Diese Wechselkurserklärung ist plausibel, aber sie kann, monokausal angewendet, in die Irre führen. Abbildung 1 läßt jedenfalls keinen stringenten Zusammenhang der Nominalzinsdifferenzen auf den Geld- und Anleihemärkten (oberste Reihe) mit dem Außenwert der D-Mark (unterste Reihe) erkennen; in den Jahren 1976 bis 1978, in denen die deutschen Nominalzinsen unter die amerikanischen fielen, wurde die D-Mark sogar beträchtlich höher bewertet.

3. Nach dem leistungsbilanztheoretischen Ansatz zur Erklärung des Dollarkurses bedeutet ein Überschuß in der Leistungsbilanz eines Landes eine entsprechende Mehrnachfrage nach der Währung dieses Landes, so daß sich der Außenwert der Währung dieses Landes erhöhen muß. Tatsächlich kam es anders. In den letzten Jahren verringerte sich der Außenwert der D-Mark gegenüber dem Dollar, obwohl die USA ein exzessiv hohes Leistungsbilanzdefizit aufwiesen, während die Bundesrepublik einen beachtlichen Überschuß — auch gegenüber den USA — erzielte. Dieser theoretische Ansatz krankt zweifellos daran, daß er den beträchtlichen Einfluß der Kapitalbewegungen auf die Devisenmärkte außer acht läßt. Die Leistungsbilanz kann nur insofern den Wechselkurs beeinflussen, als sie von den Geldanlegern und Devisenmarktteilnehmern als Indikator für die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes angesehen wird. So mag die rapide Verschlechterung der deutschen Leistungsbilanz in den Jahren 1979/80 das Vertrauen zur D-Mark vorübergehend geschwächt haben. Die Rekorddefizite in der amerikanischen Leistungsbilanz hingegen

2,59 DM je Dollar konnte man für einen bestimmten DM-Betrag in den USA die gleiche Menge von Waren kaufen wie in der Bundesrepublik Deutschland. In den Jahren danach wurde der Dollar jedoch mehr und mehr unterbewertet. 1979 hätte man gemäß der Kaufkraftparität

haben dem Ruf des Dollars bisher offensichtlich nicht geschadet, da sie vor dem Hintergrund eines kräftigen Wirtschaftswachstums gesehen werden.

Einbeziehung erwartungstheoretischer Ansätze führt weiter

Die bisher skizzierten Theoreme sind, für sich genommen, unvollkommen; sie können aber Bestandteile eines umfassenderen Konzepts sein, mit dem berücksichtigt wird, daß der Wechselkurs von Urteilen über künftige Ereignisse, also von Erwartungen der Marktteilnehmer, bestimmt wird. Manchmal wird behauptet, wissenschaftliche Erklärungen und Prognosen des Wechselkurses seien überhaupt nicht möglich, weil viele Devisenmarktteilnehmer sich vor ihren eigenen Entscheidungen ein Bild davon zu machen versuchen, wie die übrigen Marktteilnehmer bestimmte Ereignisse und Informationen beurteilen und daraus ihre Erwartungen und Entscheidungen ableiten. So entstünden immer wieder irrationale, sich selbst verstärkende Wechselkursbewegungen. Diese „massenpsychologisch“ begründete Skepsis ist gegenüber Prognosen auf kurze Sicht gewiß berechtigt. Doch schon über einen Zeitraum von einigen Monaten oder gar Quartalen hinweg werden sich die Erwartungen der Marktteilnehmer über die ökonomischen (und politischen) Bedingungen im Inland und im Ausland durchsetzen — was angesichts der Ungewißheit künftiger Ereignisse natürlich nicht heißt, daß diese Erwartungen „richtig“ sein müssen.

Wie rationale Entscheidungen auf den Finanz- und Devisenmärkten aussehen müßten, sei an einem sehr einfachen Beispiel repräsentativer Anleger gezeigt, die ihre Erwartungen für sicher halten und keine Risiken kennen, über einen bestimmten Geldbetrag (100 Mark) für fünf Jahre verfügen und wissen wollen, ob sich eine Anlage im Ausland lohnt. Die Ausgangssituation sei durch folgende, für die Anleger wesentlichen Vorgänge gekennzeichnet:²

- Die Renditen für Geld- und Sachanlagen sind im Inland und im Ausland gleich.
- Der Wechselkurs (1 Mark = 1 Deviseneinheit) entspricht der Kaufkraftparität.
- Die Anleger sind gewiß, daß der Geldwert im Inland und im Ausland zumindest fünf Jahre lang unverändert bleibt: Es wird keine Inflation geben, und die Sicherheit der Geldanlagen — auch das gehört zum Geldwert — ist weder durch politische und soziale Instabilität, noch durch Zahlungskrisen des Finanzsystems noch durch Kapitalverkehrsbeschränkungen oder gar Enteignungen bedroht. Somit wird nicht bezweifelt, daß der Wechselkurs auch nach fünf Jahren noch den heutigen Stand haben wird.

Unter diesen Umständen wären die Anleger hinsichtlich ihrer Wahl zwischen einer Inlands- und einer Aus-

landsanlage indifferent. Doch noch vor dieser Entscheidung — so sei unterstellt — ändert sich die Situation im Ausland. Dort wird mit einem kräftigeren Wirtschaftswachstum gerechnet, mit höheren Renditen für Sachkapital und damit auch für Aktien und sonstige Beteiligungen³. Die Mehrnachfrage nach Krediten zieht auch die Renditen für Geldanlagen, somit auch den Zinssatz für Anleihen mit einer Restlaufzeit von fünf Jahren, nach oben. Dieser übertrifft bald den inländischen Anleihezins um z.B. 4% p.a.. Unterstellt man nun Einfachheit halber, daß die gesamten Zinsen zusammen mit dem Anleihebetrag (100 Mark) bei Fälligkeit ausgezahlt werden, und sieht man einmal von der Zinseszinsrechnung ab, dann könnten die inländischen Anleger, da sie ja auf längere Sicht denselben Wechselkurs wie in der Ausgangslage erwarten, in fünf Jahren voraussichtlich einen Zinsdifferenzgewinn von 20 Mark erzielen. Die Devisennachfrage der Geldanleger wird zunehmen. Der Wechselkursanstieg wird aber bei einem Kurs von 1,20 Mark zum Stillstand kommen, weil an diesem Punkt der Zinsdifferenzgewinn durch den voraussichtlichen späteren Rückgang des Wechselkurses von 1,20 Mark auf 1,00 Mark gerade aufgezehrt wird⁴.

Der Anstieg des Devisenkurses wird schwächer ausfallen, wenn die Geldanleger erwarten, daß aufgrund einer anhaltenden Inflation im Ausland von jährlich 2 vH der Geldwert im Ausland und damit der Wechselkurs binnen fünf Jahren um 10 vH auf 0,90 Mark sinken wird. In diesem Fall wird, da im Gleichgewicht der Zinsdifferenzgewinn von 20 Mark durch den Wechselkursverlust von 20 Mark ausgeglichen wird, der Devisenkurs schon bei 1,10 Mark stehen bleiben.

Nun stellt die um die erwartete Geldwertdifferenz bereinigte Nominalzinsdifferenz nichts anderes dar als die Realzinsdifferenz. Der für dieses einfache Modell behauptete Zusammenhang kann deshalb noch knapper formuliert werden: In jedem Zeitpunkt wird der Wechselkurs durch die jeweilige Kaufkraftparität und das Realzinsgefälle (genau: die Differenz zwischen den realen

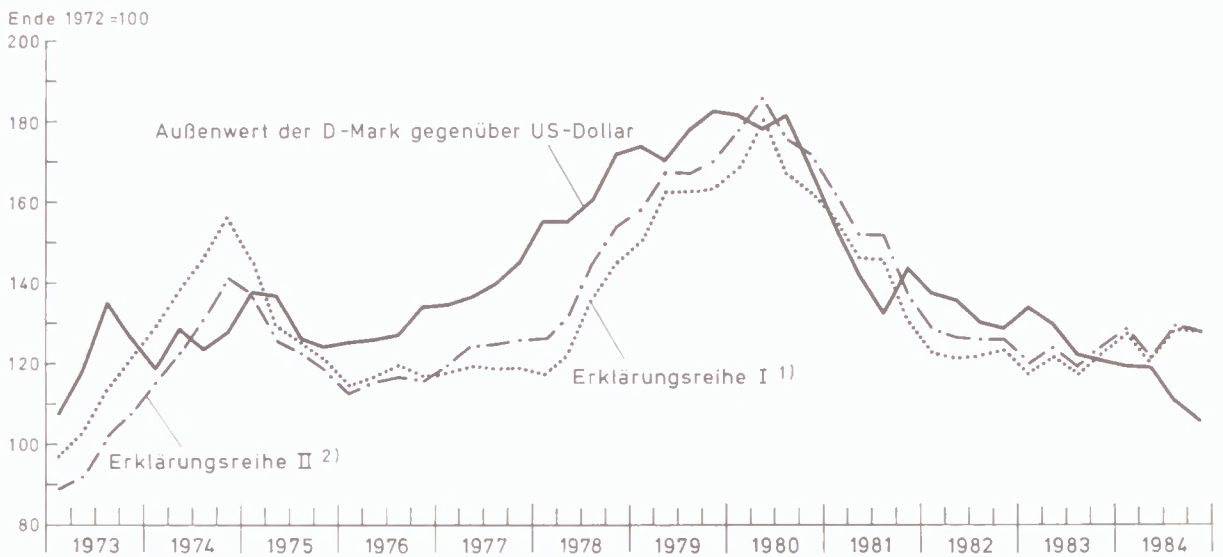
² Vgl. Reinhard Pohl: Effizienz der Geldpolitik bei beweglichen Wechselkursen. In: Stabilisierung des Währungssystems. Hrsg. von Wolfgang Filc und Claus Köhler. Erscheint demnächst im Verlag Duncker & Humblot.

³ Diesen Ansatz zur mittelfristigen Erklärung des Dollarkurses verfolgt Wolfgang Filc: Kurz- und langfristige Wirkungen einer wechselkursorientierten Geldpolitik. In: Stabilisierung des Währungssystems. Vgl. Anmerkung 2.

⁴ Die Differenz zwischen dem höheren Kassakurs des Dollars von 1,20 Mark und dem für später erwarteten Dollarkurs von 1,00 Mark entspricht dem „Swapsatz“ bei den im kurzfristigen Kapitalverkehr mit dem Ausland üblichen Kurssicherungsgeschäften, mit denen man sich gegen das Risiko von Verlusten aufgrund unvorhergesehener Wechselkursänderungen schützen will: Der Swapsatz ist die Differenz zwischen dem — in diesem Falle — höheren Kassakurs und dem niedrigeren Terminkurs; er entspricht der Differenz zwischen dem höheren Zins für Anlagen in fremder Währung und dem niedrigeren Zins für Anlagen in der eigenen Währung.

Abb. 2

**ZUSAMMENFASSUNG WICHTIGER BESTIMMUNGSFAKTOREN
DES AUSSENWERTES DER D-MARK GEGENÜBER DEM US-DOLLAR**



1) Multiplikative Kombination der in Abbildung 1 dargestellten Komponenten „Preisgefälle“ und „Realzinsdifferenz“ (dp). Die zweite Komponente wird ausgedrückt als $(1+dp)^5$, wobei die Potenz 5 die hier unterstellte durchschnittliche Restlaufzeit der Anleihen von 5 Jahren repräsentiert. — 2) Wie Anmerkung 1, wobei die Nominalzinsdifferenz mit einem von 0 bis 1 stetig von 1973 an steigenden Gewicht in die „Realzinsdifferenz“ eingeht.

DIW 85

Renditen für Geld- und Sachvermögen) bestimmt, wobei das Überschießen des Wechselkurses über die Kaufkraftparität um so größer ist, je länger die von den Geldanlegern im Durchschnitt geplante Periode für ihre Anlagen in Sach- und Geldvermögen ist.

Ein provisorischer empirischer Test

Dieses Modell bildet die Wirklichkeit unvollkommen ab. Die Kaufkraftparität ist nicht genau bekannt. Es gibt keine sicheren Erwartungen und keine Entscheidungen ohne Risiko. Die Anlagefristen sind häufig offen, und sie ändern sich ebenso wie die Anlagepräferenzen und die Zinselastizitäten. Für die Anlageentscheidungen sind oft nicht nur die jeweiligen, sondern auch die erwarteten Zinssätze maßgeblich, also die Erwartungen von Kursgewinnen oder Kursverlusten bei Anleihen im Inland und im Ausland. Nicht quantifizierbar sind die Gefahren einer Geldentwertung aufgrund politischer und sozialer Unruhen, wegen allgemeiner Zahlungskrisen oder als Folge von Kapitalverkehrskontrollen.

Trotzdem bietet das Modell eine theoretische Grundlage, von der aus man sich an das Phänomen „Dollarkurs“ empirisch erheblich näher herantasten kann, als dies häufig behauptet wird. In Abbildung 2 sind die Ergebnisse eines — durch weitere Untersuchungen zu verbessernden — Versuches dargestellt, die Grundrich-

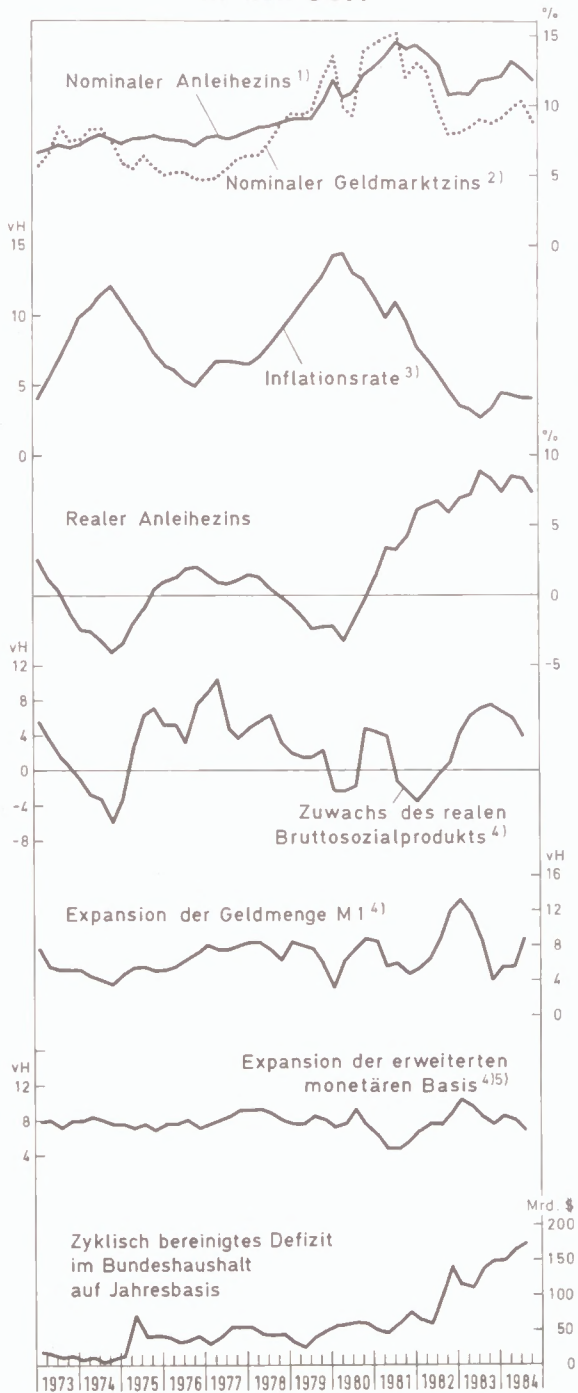
tung des Dollarkurses zu erklären. In dieser Abbildung wird die Inverse des Dollarkurses, nämlich der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar, mit zwei „Erklärungsreihen“ verglichen. Bei diesen beiden Reihen handelt es sich um die (multiplikative) Kombination der „Kaufkraftparität“ mit dem „Realzinsgefälle“:⁵

— Als Indikator für das Renditenniveau wurde der Zins für öffentliche Anleihen gewählt; dabei brachte die Annahme einer durchschnittlichen Anlagefrist von fünf Jahren recht gute Ergebnisse. Der Geldmarktzins, der in den Diskussionen über eine wechselkursorientierte Geldpolitik eine große Rolle spielt, kam dagegen nicht in Frage. Zinsdifferenzen auf dem Geldmarkt haben — von ihren indirekten Einflüssen auf die Kapitalmarktzinsen abgesehen — keinen nennenswerten Effekt auf den Dollarkurs: Eine Erhöhung des Zinsgefälles auf dem Markt für Dreimonatsgeld um einen Prozentpunkt verändert ceteris paribus den Dollarkurs nicht einmal um einen Pfennig. Dagegen beträgt gegenwärtig die Wirkung einer Änderung des Zinsgefälles auf dem Anleihemarkt um einen Prozentpunkt bei einer durchschnittlichen Anlagefrist von fünf Jahren schätzungsweise schon 17 Pfennige. Hinzu kommt, daß der

⁵ Zwischen diesem Paar von Erklärungsreihen und dem Dollarkurs gibt es zweifellos Wechselbeziehungen. Die Wirkungen von Änderungen des Preisgefälles und des Realzinsgefälles auf den Dollarkurs fallen aber mehr ins Gewicht als die Rückwirkungen von Änderungen des Dollarkurses auf jene Größen.

Abb. 3

Einige Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung in den USA

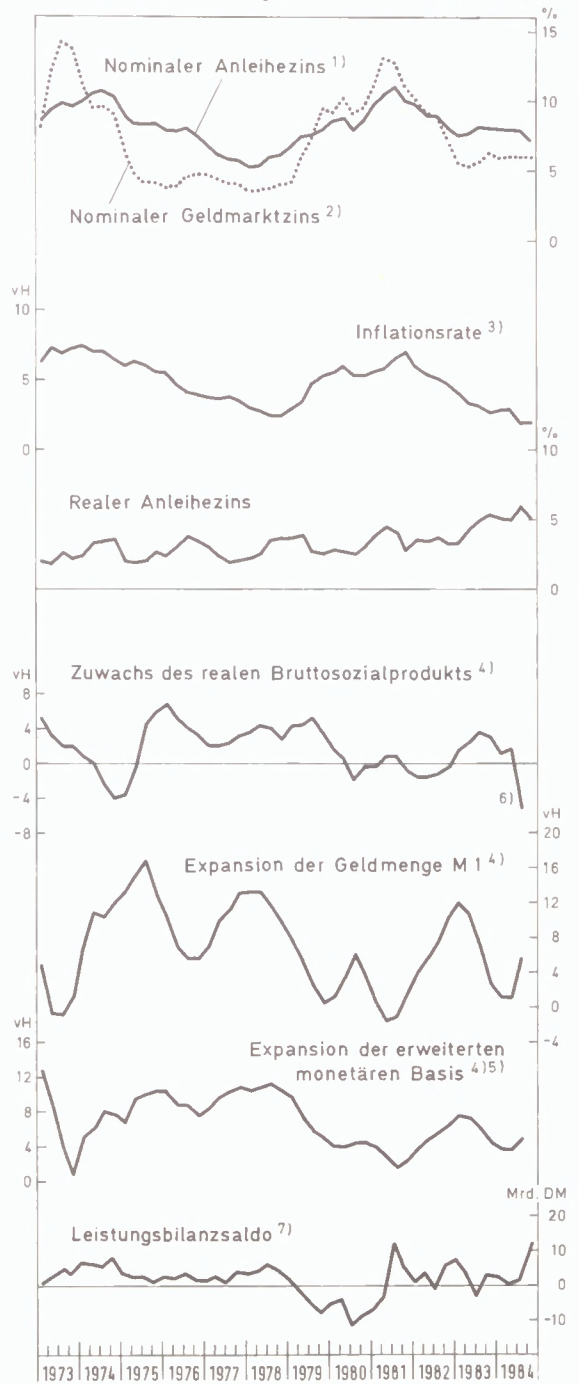


1) Öffentliche Anleihen. — 2) 3 Monate. — 3) Anstieg der Konsumentenpreise gegenüber Vorjahrswert. — 4) Gleitender 3-Quartalsdurchschnitt durch die saisonbereinigten Werte auf Jahresbasis. — 5) Zentralbankgeldvolumen um reservenpolitische Effekte bereinigt.

Quellen: OECD: Main Economic Indicators, Federal Reserve Board: Federal Reserve Bulletin; Federal Bank of St. Louis: Monetary Trends, und Review, Dec. 1980; Department of Commerce: Survey of Current Business, Dec. 1983, S. 33.

Abb. 4

Einige Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland



Anmerkungen 1 bis 5 wie in Abbildung 3.

6) Negative Rate aufgrund der durch Arbeitskämpfe im 2. Quartal bedingten Produktionsausfälle. — 7) Saisonbereinigt.

Quellen: Deutsche Bundesbank und DIW.

Anleihezins einen engeren Kontakt zu den Sachkapitalrenditen aufweist als der kurzfristige Zins. Ein voller Ersatz für direkte Informationen über die erwarteten Erträge aus Sachkapitalanlagen kann der „Anleihezins“ allerdings nicht sein.

- Zur Darstellung der „Kaufkraftparitäten“ sowie der Differenzen zwischen den Geldentwertungs- oder Inflationsraten wurden die Indizes der Konsumentenpreise benutzt; sie spiegeln auf etwas längere Sicht die Geldwertveränderungen besser wider als etwa Indizes der Großhandelspreise, der industriellen Erzeugerpreise oder gar der Außenhandelspreise. Gewagt ist freilich die Annahme, daß man von der aktuellen Inflationsdifferenz auf die durchschnittliche erwartete Inflationsdifferenz in den nächsten Jahren schließen könne; dies ist zweifellos eine Schwachstelle, die befriedigend wohl nur durch direkte Informationen über Preiserwartungen — etwa nach Art des Ifo-Tests oder des amerikanischen Livingston-Index — beseitigt werden könnte.

Für den Vergleich des Außenwertes mit zwei Erklärungsreihen war die Überlegung maßgeblich, daß wegen der zunehmenden Verflechtung der deutschen mit den amerikanischen Finanzmärkten — hierauf deutet der starke Anstieg der deutschen Käufe von amerikanischen Wertpapieren in den letzten Jahren hin — die Anziehungskraft des Zinsgefälles zugenommen hat. Dem wurde in provisorischer Weise dadurch Rechnung getragen, daß in der zweiten Erklärungsreihe von 1973 an das Gewicht des nominalen Zinsgefälles stetig vergrößert wurde.

Beide Erklärungsreihen, vor allem die zweite, weisen tendenziell eine recht gute Übereinstimmung mit dem Verlauf des Außenwertes der D-Mark gegenüber dem US-Dollar auf. Freilich gibt es zeitweilig größere Abweichungen: Von 1976 an, als das Mißtrauen gegenüber dem Dollar immer noch zunahm und dafür die D-Mark in die Rolle einer internationalen Anlagewährung hineinwuchs, folgten die Erklärungsreihen dem Außenwert mit einer Verzögerung von rund einem Jahr. Von 1979/80 bis Mitte 1984 waren die Diskrepanzen dagegen relativ klein; selbst der vielzitierte „Reagan-Effekt“, d.h. der Vertrauensvorschuß, den die Finanz- und Devisenmärkte 1981 der neuen US-Regierung entgegenbrachten, hat keinen allzu großen „Ausreißer“ erzeugt. Erst von Mitte 1984 an hat sich wieder eine stärkere Kluft zwischen den Erklärungsreihen und dem Außenwert aufgetan. Nach dem hier benutzten empirischen Erklärungsmuster hätte der Dollarkurs sinken, der Außenwert der D-Mark also steigen müssen; denn bei etwa unveränderter Inflationsdifferenz ist der Abstand der inländischen gegenüber den höheren amerikanischen Anleihezinsen geringer geworden. Wie ist dieses Auseinanderklaffen zu beurteilen?

Einige Konsequenzen

Ist die jüngste Dollarhausse irrational? Viele neigen dazu, mit diesem Etikett jenes Verhalten der Devisenmarktteilnehmer zu versehen, das sie selber mit den „ökonomischen Bedingungen“ nicht erklären können. Deshalb sollte man sich zunächst einmal fragen, ob es nicht auch „sachliche“ und nicht nur massenpsychologische Gründe für den Anstieg des Dollarkurses gibt:

Ökonomisch kann der Anstieg des Dollarkurses in der letzten Zeit damit erklärt werden, daß die Mehrheit der Marktteilnehmer zwar mit einem gegenüber 1984 geringeren, aber im Vergleich zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik (und anderen Industrieländern) immer noch relativ kräftigen Wirtschaftswachstum in den USA rechnet (Abb. 3 und 4, jeweils mittlere Reihe). Die erwarteten Erträge aus Sachinvestitionen werden in den USA deshalb immer noch höher sein als die erwarteten Sachkapitalrenditen bei uns. Dies werde auch die Anleihezinsen hochhalten. Zu einem hohen Zinssatz in den USA werde ferner beitragen, daß das, um den Einfluß von Konjunkturschwankungen auf die Staatsausgaben und die Steuereinnahmen, also „zyklisch bereinigte“ Budgetdefizit des amerikanischen Bundeshaushalts anhaltend nach oben gerichtet bleibe (Abb. 3, unterste Reihe). Schließlich werde die amerikanische Geldpolitik auf Stabilitätskurs bleiben, so daß Inflationsbefürchtungen unbegründet seien und das gegenüber der Bundesrepublik bestehende Gefälle zwischen den realen Renditen für Sach- und Geldkapital eher etwas steiler werde. Danach wären die „Erklärungsreihen“ in Abb. 2 insofern falsch, als sie diesen Anstieg der realen Renditen, vor allem für Sachkapital, nicht erfassen.

Wer dagegen auf einen Rückgang des Dollarkurses im Laufe des Jahres 1985 setzt, begründet dies auch mit einer zurückhaltenderen Prognose der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung: Wahrscheinlich werde die Regierung spätestens 1986 entschlossen auf Konsolidierungskurs gehen müssen. Fraglich sei auch, ob die amerikanische Notenbank ihren, die Wirtschaftsaktivität vorerst noch stützenden Kurs beibehält. Schon die Erwartung solcher Maßnahmen könnte dazu führen, daß sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1985 die Expansion weiter abschwächen werde. Nehme man hinzu, daß der hohe Dollarkurs die internationale Wettbewerbsfähigkeit der USA zusehends beeinträchtigt, dann sei es durchaus wahrscheinlich, daß die Devisenmarktteilnehmer schon im Laufe des Jahres 1985 zu einer mittelfristig ungünstigeren Einschätzung der Renditen in den USA gelangen. Danach müßte der Index des Außenwertes der D-Mark gegenüber dem Dollar wieder steigen und sich damit den „Erklärungsreihen“ nähern.

Fazit: Beide Versuche, die Dollarhausse zu beurteilen, sind durchaus rational. Auf einem anderen Blatt steht, daß sich die Devisenmarktteilnehmer trotz rationaler Analysen und Prognosen der „fundamentalen Faktoren“ in

einer Welt voller Ungewißheit immer wieder irren. Diese Ungewißheit wird häufig durch das irritierende Verhalten der wirtschaftspolitischen Instanzen unnötig vergrößert. Deshalb kann die Therapie gegen „falsche“ Wechselkurse nicht in massiven Interventionen der Notenbanken

zur Anpassung der Wechselkurse an ein für richtig gehaltenes Niveau liegen. Die optimale Therapie besteht vielmehr in einem klaren, an den binnenwirtschaftlichen Erfordernissen und nicht am Wechselkurs ausgerichteten wirtschaftspolitischen Kurs.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 53. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 4/1983. 142 S. DM 66,—

Analyse des Disaggregierten Bonner Prognosemodells. Von *Georg Erber* und *Manfred Kiy*.
Leitdatenbasis für regionalisierte Prognosen des Güterverkehrsaufkommens. Von *Ulrich Voigt*.
Finanzielle Verflechtung zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet. Eine Untersuchung für die Jahre 1965 bis 1980. Von *Kornelia Hagen* und *Kurt Hornschild*.
Erdöl und Erdgas im Ost-West-Handel. Von *Jochen Bethkenhagen*.
Die Leichtindustrie in der DDR. Von *Andreas Koch*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 1/1984. 122 S. DM 60,—

DIW-Symposion: Wege aus der Arbeitslosigkeit — die Erfahrungen in den 30er Jahren.
Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion in Deutschland in den frühen dreißiger Jahren. Von *Knut Borchardt*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit: Die Diskussion heute. Von *Fritz W. Scharpf*.
Die wirtschaftliche Entwicklung im Deutschen Reich in den 20er und 30er Jahren aus der Sicht des Instituts für Konjunkturforschung. Von *Rolf Krengel*.
Internationale Aspekte der Wirtschaftspolitik in den 30er Jahren. Von *Dietmar Petzina*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit — Großbritannien und Schweden. Von *Sidney Pollard*.
Wege aus der Arbeitslosigkeit — USA, Frankreich, Japan. Von *Volker Hentschel*.
Zusammenfassung der Generaldiskussion.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 2/1984. 146 S. DM 66,—

Modellsimulation zur Wochenarbeitszeitverkürzung. Von *Rudolf Zwiener*.
Die Arbeitnehmereinkommen in Berlin (West) im interregionalen Vergleich. Von *Kurt Geppert*.
Alternativen des U- und S-Bahnbaus. Von *Uwe Müller*.
DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. Von *Doris Cornelsen*, *Manfred Melzer*, *Angela Scherzinger*.
Das Lebensmittelprogramm der UdSSR und die gegenwärtige Situation der sowjetischen Landwirtschaft. Von *Maria Elisabeth Ruban*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1984. 116 S. DM 54,—

Das Find-Modell: Zur Konzeption eines neuen disaggregierten Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Georg Erber*, *Hansjörg Haas*, *Manfred Kiy*.
Fehlersimulationen mit Input-Output-Tabellen des Statistischen Bundesamtes. Von *Joachim Schintke*.
Der Einfluß von Demographie und Bildungsverhalten auf das Bildungssystem und die Auswirkungen auf das Angebot von Arbeitskräften in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Jeschek*.
Management Problems of Renewable Maritime Resources: The Case of North Atlantic Fisheries. Von *Peter Hrubesch*.
Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, Dieter Teichmann

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung in Berlin (West) 1985. Bearbeitet von der Abteilung Berlin.—
Inwieweit ist der Dollarkurs mit ökonomischen Faktoren erklärbar? Bearbeitet von Dr. Reinhard Pohl.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.
Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
Zuzüglich Versandkosten.